

Newsletter 6/2011 - Agnieszka Brugger, MdB, Abrüstungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Interessierte,

zu allererst ein Hinweis in eigener Sache: Anfang Dezember 2011 habe ich geheiratet und heiße nun Agnieszka Brugger. Entsprechend hat sich auch meine E-Mail-Adresse und die meiner MitarbeiterInnen geändert. Alle aktuellen Kontaktdaten finden Sie auf der Seite [Mein Team](#). Meine Website und mein Blog werden in den nächsten Tagen aktualisiert.

Mit diesem Newsletter möchte ich Sie und Euch ein weiteres Mal darüber informieren, was in der letzten Zeit im Bundestag, im Landesverband Baden-Württemberg und in meinem Wahlkreis Ravensburg passiert ist. Von Biowaffen über das Bundeswehrvideo, Streumunition bis Süd- und Allgäubahn, die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 bis zu PTBS war die Themenpalette der Vorweihnachtszeit sehr vielfältig.

Im Bundestag beschäftigt uns weiterhin intensiv die Euro-Krise. Nach dem EU-Gipfel stand dessen Auswertung diese Woche auf der Tagesordnung in der Fraktion, im Plenum und in weiteren Gremien des Bundestags. Grüne Antworten auf die Euro-Krise finden Sie übrigens hier: http://www.gruene-bundestag.de/cms/euro/dok/398/398930.der_euroraum_darf_nicht_an_der_engstirni.html

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr!

Viele liebe Grüße

Eure und Ihre



1. Aus dem Bundestag

Aufweichung des Verbotes von Streumunition mit Druck aus Zivilgesellschaft und Opposition verhindert

Der vergangene Monat endete mit einem großen Erfolg für die Zivilgesellschaft und Oppositionsarbeit in der Abrüstungspolitik. In letzter Minute wurde beim VN-Waffenübereinkommen ein Protokoll verhindert, das eine Aufweichung des Verbotes von Streumunition bedeutet hätte. Lange und vehement hat sich die Bundesregierung für ein laxes Protokoll zu Streumunition eingesetzt und damit eine Aufweichung des umfassenden Verbots dieser unmenschlichen Waffe hingenommen. Sie hat damit gegen ihre völkerrechtliche Verpflichtung aus dem Oslo-Einkommen verstoßen, das umfassende Verbot von Streumunition nicht zu untergraben. Statt sich zu hart erkämpften Abrüstungspolitischen Errungenschaften zu bekennen, nahm die Koalition die Demontage völkerrechtlicher Standards, die dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen, eiskalt in Kauf. Erst kurz vor Abschluss der Verhandlungen sind die deutschen Diplomaten umgeschwenkt. Grund hierfür war der massive Druck aus Medien, Zivilgesellschaft und Parlament. In unserem Antrag vom 09.11.2011 (BT-Drs.: 17/7637) hat die grüne Fraktion die Bundesregierung dazu aufgefordert, einer Aufweichung des Verbotes von Streumunition beim VN-Waffenübereinkommen unter keinen Umständen zuzustimmen. Auch das Europäische Parlament hat unsere Initiative aufgegriffen und eine entsprechende Resolution verabschiedet. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft hielten wir bis zum Schluss den politischen Druck aufrecht. Es hat sich gelohnt und gezeigt, dass man auch aus der Opposition heraus manchmal viel bewegen kann.

Pressemitteilung: Aufweichung des Verbotes von Streumunition verhindern – völkerrechtliche Standards hochhalten

Das ARD-Magazin Report Mainz hat die fatale Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Verbot von Streumunition aufgedeckt. Wir Grüne sind der Meinung, dass die Bundesregierung einer Aufweichung des Verbotes von Streumunition beim VN-Waffenübereinkommen unter keinen Umständen zustimmen darf. Alles andere würde einmal mehr zeigen, wie rückgratlos sie in der Abrüstungspolitik vorgeht. Hier geht es zur Pressemitteilung von Jürgen Trittin und Agnieszka Brugger: <http://www.agnieszka-brugger.de/hauptmenue/presse/presse/datum/2011/11/23/aufweichung-des-verbotes-von-streumunition-verhindern-voelkerrechtliche-standards-hochhalten/>

Reaktionen auf Kritik am Youtube Video der Bunderegierung „Die Bundeswehr online“

Mitte November 2011 hat die Bundesregierung auf ihrem Youtube-Channel ein Video unter dem Titel "Die Bundeswehr online" veröffentlicht, mit dem sie auf den Youtube-Channel der Bundeswehr hinweisen wollte. Das Video vergriff sich jedoch in der Tonalität. Durch Bildschnitte und Untermalung mit Hardrock-Musik wurde an den Stil von Ego-Shootern angeknüpft. [Mit einer Pressemitteilung äußerte Agnieszka Brugger Kritik](#) an dem Video. Verschiedene Medien griffen die Kritik auf. Die Bundesregierung hat es inzwischen entfernt. [Hier geht es zu einigen ausgewählten Artikeln dazu.](#)

In meinem Blog habe ich die Debatte aufgegriffen, dort wurde sie kontrovers diskutiert: <http://blog.agnieszka-brugger.de/1292/bildfragen/> Wir brauchen mehr Aufmerksamkeit für und eine intensivere gesellschaftliche Diskussion mit der deutschen Sicherheitspolitik und mit der Bundeswehr.

Abschlussbericht des Kunduz-Untersuchungsausschusses im Plenum des Bundestags

Der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss hat sich fast zwei Jahre mit der so genannten Kunduz-Affäre beschäftigt. Ein Oberst der Bundeswehr hatte in der Nacht vom 3./4. September 2009 die Bombardierung zweier entführter Tanklastwagen in der Nähe von Kunduz (Nord-Afghanistan) angeordnet. Mehr als 140 Menschen, darunter viele Zivilisten aus den umliegenden Dörfern, wurden dabei verletzt oder getötet.

Am 20. Oktober 2011 hat der Untersuchungsausschuss nun seinen Abschlussbericht verabschiedet. Hierzu gibt es eine eigene Bewertung der Ereignisse, die wir in einem eigenen Sondervotum festgehalten haben. Es ist [hier abrufbar](#). Der gesamte [Bericht findet sich hier](#). Die Ergebnisse wurden am 01.12.2011 im Plenum des Bundestages debattiert.

Pressemitteilung: Biowaffen-Konvention: Günstige Rahmenbedingungen nutzen für bessere Kontrolle

Die Biowaffen-Konvention von 1972 ist der erste internationale Abrüstungsvertrag, der die Produktion einer ganzen Waffenkategorie verbietet. Angesichts des ungeheuren Vernichtungspotenzials von Biowaffen ist ihr Verbot eine unentbehrliche Errungenschaft für den Schutz der Zivilbevölkerung. Es muss unbedingt bewahrt, gestärkt und lebendig gehalten werden. Die Bundesregierung muss sich bei der Überprüfungskonferenz für eine wirksame Kontrolle des Verbotes von Biowaffen einsetzen. Hier geht es zur Pressemitteilung: <http://www.agnieszka-brugger.de/hauptmenue/nachrichten/nachricht/datum/2011/12/04/biowaffen-konvention-guenstige-rahmenbedingungen-nutzen-fuer-bessere-kontrolle/>

Artikel: "Irritation über einen Versorgungsfall"

Im Verteidigungsministerium soll der Beauftragte für Posttraumatische Belastungsstörungen von SoldatInnen trotz seiner fachlichen Kompetenz ausgetauscht werden. Agnieszka Brugger kritisiert dies. [Hier geht es zum Artikel in der Welt.](#)

2. Aus dem Wahlkreis und aus Baden-Württemberg

Erklärung des Landesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg zum Ergebnis der Volksabstimmung zum Stuttgart21-Kündigungsgesetz

Am 27. November 2011 fand in Baden-Württemberg die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 statt. Bündnis 90/Die Grünen haben für den Ausstieg aus dem Projekt geworben, die Abstimmenden entschieden sich mehrheitlich für den Bau des Bahnhofs Stuttgart 21. [Hier geht es zur Erklärung des Landesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg.](#)

Artikel: „Reaktionen zum Ausgang der Volksabstimmung“

Nach der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 berichtet die Schwäbische Zeitung über den Ausgang. Agnieszka Brugger hätte sich ein anderes Ergebnis gewünscht, findet jedoch die Beteiligung an der Abstimmung erfreulich hoch. [Hier geht es zum Artikel.](#)

Unterwegs mit dem Sonderzug auf der Allgäubahn - Bericht und Fotos von der Sonderzugfahrt in Baden-Württemberg

Mit dem Fahrplanwechsel am 11. Dezember wurde auf der Württembergischen Allgäubahn zwischen Aulendorf, Kißlegg und Wangen wieder ein Stundentakt eingeführt. Mit einem Sonderzug am 9. Dezember von Friedrichshafen über Aulendorf und Kißlegg nach Wangen wurde dies gefeiert; neben dem baden-württembergischen Verkehrsminister Winfried Hermann und der Bundestagsabgeordneten Agnieszka Brugger, zu deren Wahlkreis die Orte an der Allgäubahn gehören, fuhren unter anderem auch der Biberacher SPD-Abgeordnete Martin Gerster, Oberbürgermeister Michael Lang (Wangen), Jürgen Löffler vom bodo-Verkehrsverbund, Gerhard Schnaitmann von der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg sowie weitere geladene Gäste mit. Beim Halt im Bahnknoten Aulendorf wurde dem Minister ein weihnachtlicher Wunschzettel der örtlichen BUND-Gruppe und der BUS-Gemeinderatsfraktion zur Sanierung des Bahnhofs übergeben. Ein besonders großer Bahnhof wurde den Gästen in Kißlegg bereit, dessen Bürgermeister Krattenmacher (CDU), der sich seit Jahren für die Wiedereinführung des Stundentakts stark gemacht hatte, dem neuen grünen Landesverkehrsminister großes Lob aussprach.

Vor sechs Jahren hatte die damalige schwarz-gelbe Landesregierung den Stundentakt auf der Allgäubahn gestrichen, um Regionalisierungsmittel für die Finanzierung von Stuttgart 21 zurücklegen zu können. Die Wiedereinführung eines annähernden Stundentakts - allerdings derzeit noch mit Lücken zwischen 10 und 12 Uhr sowie zwischen 20 und 22 Uhr - wurde nun u.a. durch die Umwidmung von Strafzahlungen möglich, die die Bahn wegen des Ausfalls ihrer Neigetechnikzüge auf anderen Strecken als Entschädigung an das Land leisten musste. [Hier gibt es Fotos von der Sonderzugfahrt.](#)

Artikel: „Das ist Ramsauers Attacke gegen Grün-Rot“

Die Elektrifizierung der Südbahn soll doch nicht wie geplant bis 2016 abgeschlossen werden, da das Verkehrsministerium sich weigert, die Mittel dafür im Investitionsrahmenplan einzustellen. Agnieszka Brugger ist darüber zutiefst verärgert. [Hier finden Sie den Artikel in der Schwäbischen Zeitung.](#)